

Rede Plenum – KJJ

26.01.2005

TOP „SaarLorLux weiterentwickeln...“

TOP „Impulse zur Überwindung der Stagnation...“

TOP „Kooperation in der SaarLorLux-Region intensivieren...“

Herr Präsident,

sehr geehrte Damen und Herren,

Kolleginnen und Kollegen!

SaarLorLux ist in unserer Region jedem ein Begriff. Nicht jeder aber weiß, was sich dahinter verbirgt. Und die wenigsten wissen, was sich grenzüberschreitend in SaarLorLux tut.

Das Bedauerliche daran ist, dass das kein Wunder ist. Denn wenn SaarLorLux in letzter Zeit Schlagzeilen machte, dann waren sie meist negativ. Probleme bei Rettungseinsätzen und grenzüberschreitender Kriminalitätsbekämpfung, Stillstand in der Großregion, zu der neben dem Saarland, Lothringen und Luxemburg auch die Wallonie sowie Rheinland-Pfalz gehören. Veränderung tut deshalb not.

Wir sehen in den Anträgen von SPD und Grünen durchaus positive Aspekte. So kann die Förderung der Zweisprachigkeit den sprachlichen Standortvorteil der Grenzregion nutzen. Denn wo kann man in Deutschland besser Französisch lernen als an der französischen Grenze? Das Erlernen der Sprache des Nachbarn ist ein wichtiger Bildungsfaktor und verschafft unseren Schülern einen Vorteil für ihren beruflichen Werdegang.

Das Mehrheitsprinzip im Rahmen des Interregionalen Parlamentarierrates, wie es mehrfach gefordert wurde, begrüßen wir ausdrücklich. Denn der IPR als Vertretung von Parlamentsabgeordneten erfüllt eine wichtige beratende Aufgabe. Wenn er aber handlungsfähig sein soll, darf er nicht durch ein Einstimmigkeitserfordernis gelähmt werden.

Vielmehr muss abgestimmt werden, wie es bei Parlamentariern üblich ist: mit Mehrheit. Nur dann ist man gezwungen, bei den Kollegen im Parlamentarierrat für die eigene Position zu werben, nur dann kommt ein lebendiger Dialog zustande. Mut zum Mehrstimmigkeitsprinzip ist also geboten!

Wenig können wir mit der Idee der SPD und der Gewerkschaftlichen Plattform der Großregion anfangen, die EU-Dienstleistungsrichtlinie zurückzunehmen. Zunächst einmal ist diese Richtlinie noch gar nicht verabschiedet und kann vielleicht verhindert, aber nicht zurückgenommen werden.

Wer die Dienstleistungsrichtlinie allen Ernstes verhindern will, der muss sich fragen lassen, wie ernst es ihm mit Europa überhaupt ist – und wie ernst es ihm mit der Großregion ist!

Die Dienstleistungsrichtlinie soll den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr durch die Einführung des so genannten „Herkunftslandsprinzips“ erleichtern.

Praktisch bedeutet dies zum Beispiel, dass es einem saarländischen Handwerker erleichtert würde, in Luxemburg tätig zu werden. Gerade das Saarland als Grenzregion profitiert also von der Dienstleistungsrichtlinie. Wie kann man dann als Fraktion im saarländischen Landtag die Richtlinie ablehnen?

Ein „Sozialdumping“ durch die Dienstleistungsrichtlinie ist unseres Erachtens nach nicht zu befürchten, weil bei der Entsendung von Arbeitnehmern in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union die Beschäftigungsbedingungen dieses Mitgliedstaats einzuhalten sind, also unter anderem Mindestlöhne, Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen.

Zwei Themen, die die Bürger in den letzten Jahren immer wieder bewegt haben, sind die grenzüberschreitende Notfallrettung und die grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung.

Die Probleme bei der Notfallrettung führen dazu, dass Rettungseinsätze an der Grenze enden, obwohl der Weg zum nächsten Krankenhaus noch nicht zu Ende ist. Die Ursachen liegen hier auf französischer Seite, nicht auf deutscher. Denn Frankreich will einen völkerrechtlichen Vertrag, hat den angekündigten Vertragsentwurf aber nicht vorgelegt.

Ähnlich sieht es bei der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung aus. Hier ist ein Rechtsrahmen gegeben, an der Umsetzung hapert es aber.

In der letzten Sitzung des Europaausschusses im Landtag habe ich bei den Vertretern der Landesregierung und des Landeskriminalamtes nachgehakt und habe einige mir aus meiner Praxis als Polizeibeamter bekannte Problemfelder der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung angesprochen.

Dabei wurde klar, dass die Lage nicht so rosig ist, wie es die Landesregierung gerne hätte.

Rechtshilfeersuchen werden von französischer Seite schleppend oder gar nicht bearbeitet, bei grenzüberschreitenden Ermittlungen zu Raubüberfällen endet die Ermittlung deshalb oft an der Staatsgrenze – im Gegensatz zur Fahrt der Straftäter.

Es ist bedauerlich, dass die Pressemitteilung des Ministerpräsidenten nach dem 8. Gipfel der Großregion am Montag die Themen Notfallrettung und Kriminalitätsbekämpfung mit keinem Wort erwähnt. Ich hoffe, dass der Ministerpräsident die Themen mit dem nötigen Nachdruck angesprochen hat, wie ich es im Europaausschuss gefordert habe. Auf jeden Fall zeigt mir die fehlende Erwähnung in der Pressemitteilung, dass diese Probleme dem Ministerpräsidenten noch nicht wirklich bewusst sind.

Die Anträge von SPD und Grünen kommen über gute Ansätze nicht hinaus, wir werden uns enthalten.

Dem CDU-Antrag, der das Santer-Papier zum Zukunftsbild 2020 in den Vordergrund stellt, werden wir zustimmen, auch wenn ich anmerken muss, dass die CDU, die sich sonst in Sicherheitsfragen so gern hervortut, die Kriminalitätsbekämpfung in ihrem Antrag vergessen hat.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.